

Stellungnahme DIE LINKE Brandenburg zum Forderungskatalog von Fridays for Future Brandenburg

Für DIE LINKE ist eine intakte Natur und Umwelt zwingende Voraussetzung für ein gesundes Leben heutiger und zukünftiger Generationen. Wohlhabende können sich heute besser vor Umweltschäden schützen und haben es leichter, gesund und nachhaltig zu leben als Menschen mit weniger Geld. Der sozialökologische Umbau hat zum Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen zu bewahren. Für DIE LINKE ist Umweltpolitik deshalb immer auch Sozialpolitik. Dem Klimaschutz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die 2014 unter LINKER Federführung erarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie muss in der nächsten Wahlperiode ambitioniert fortgeschrieben und umgesetzt werden.

In der Präambel der Forderungen wird zum Ausdruck gebracht, dass der nötige Wandel sozial gerecht gestaltet werden muss und dass Ökologie und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Das ist unserer Auffassung nach eine zentrale Herausforderung des Klimaschutzes. Ohne die Klimaziele zu gefährden, müssen die Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie von den Menschen akzeptiert werden können.

1. Sektorübergreifende Forderungen

Die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes („Klimaschutzplan 2030“) ist auf Antrag der Koalitionsfraktionen bereits im Juni 2019 vom Landtag beschlossen worden (<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/beschlpr/anlagen/11576-B.pdf>). Beschlusslage ist auch eine Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzesvorhaben unter besonderer Berücksichtigung des Klimaschutzes. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die zukünftige Landesregierung diese Beschlüsse umsetzt. Die Benennung von Indikatoren und die Veröffentlichung von Fortschrittsberichten sollen wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes und der Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Die ambitionierte Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie und die Berufung eines neuen Beirats in Nachfolge des früheren Nachhaltigkeitsbeirates halten wir für unabdingbar. Wir könnten uns vorstellen, dass in diesem Beirat neben Wissenschaftler*innen auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft mitarbeiten.

Eine Bepreisung des CO₂-Ausstoßes wird notwendig sein, um eine rasche Reduzierung wirksam umzusetzen. Welches Modell wir dabei verfolgen werden, möchten wir noch gründlicher prüfen. Wichtig ist für uns eine sozialverträgliche Ausgestaltung ohne Mehrbelastung beispielsweise für Menschen, die etwa auf dem Land noch auf die Pkw-Nutzung angewiesen sind.

2. Energie

Zwei Drittel des Bruttostromverbrauchs des Landes Brandenburg werden mittlerweile aus erneuerbaren Energien gedeckt. Mit aktuell rund 3.700 Windenergieanlagen, 35.000 Photovoltaikanlagen sowie über 500 Biomasseanlagen kann Brandenburg im bundesweiten Vergleich die höchste installierte elektrische Leistung aus erneuerbaren Energien pro Einwohner*in vorweisen.

Wir wollen, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis spätestens 2025 vollständig aus erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100%igen Deckung des Bedarfes der Region Berlin-Brandenburg aus erneuerbaren Energien beiträgt. In den Mittelpunkt unserer Energiepolitik

gehören deshalb weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs, der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien und akzeptanzschaffende Maßnahmen. Darüber hinaus brauchen wir energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher. Auch die Klimaanpassung im Verkehrs- und Wohnungssektor, in der Land-, Forst und Wasserwirtschaft ist eine große Herausforderung, die angegangen werden muss.

Dem Klimawandel kann nur durch eine weitere signifikante Reduzierung der CO₂-intensiven Verstromung fossiler Energieträger begegnet werden. Deshalb haben wir uns in unserem Landtagswahlprogramm <https://www.dielinke-brandenburg.de/nc/wahlen/landtagswahl/wahlprogramm/> dafür ausgesprochen, das Nettonull-Emissionsziel bis 2035 in der Energieerzeugung in Brandenburg zu erreichen.

Der sozialverträgliche Ausstieg aus der Braunkohleverstromung muss so schnell wie möglich bis spätestens 2030 kommen. Den Neuaufschluss von Tagebauen lehnen wir ab, für die Inanspruchnahme von Welzow-Süd Teilfeld II sehen wir keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit mehr. Wir sind gegen die Abbaggerung von Proschim/Prožym. Den Strukturwandel in der Lausitz gilt es gemeinsam mit den Menschen vor Ort so zu gestalten, damit die Lausitzerinnen und Lausitzer eine Lebensperspektive jenseits der Braunkohle erhalten

DIE LINKE hat sich immer zum 2-Prozent-Flächenausbauziel bei der Windkraft bekannt. Allerdings deutet im Prozess der Neuausweisung von Windeignungsgebieten und sich anschließender Klagen alles darauf hin, dass dieses Ziel nur schwer zu erreichen ist. Auch deshalb wollen wir prüfen, ob durch ein verändertes System der Flächenausweisung für Windenergieanlagen in der Regional- und Bauleitplanung (Ampelsystem) ein zeitnaher und rechtssicherer Ausbau der Windkraft gesichert werden kann. Wir setzen aber auch auf die Innovationskraft der Branche, die auf technischem Wege dazu beiträgt, bis 2030 10.500 Megawatt an Windkraftleistung im Land Brandenburg zu installieren.

Auf Bundesebene wollen wir uns für die Abschaffung des sogenannten 52 Gigawatt PV-Deckels einsetzen. Aus unserer Sicht gehören Solaranlagen in erster Linie auf versiegelte Flächen und Sonderflächen, nicht auf Ackerland oder in den Wald.

3. Verkehr

Im Vordergrund steht für DIE LINKE der Ausbau des Schienenverkehrs als nachhaltige Methode zur Verbesserung des ÖPNV, als Beitrag zum Klimawandel und zum Gesundheitsschutz. Kurzfristig ist hierbei durch schon jetzt laufende Maßnahmen eine Qualitätsverbesserung in Sicht. Mittel- und langfristig müssen die Projekte des i2030 geplant und umgesetzt werden. Darüber hinaus wird zu prüfen sein, welche stillgelegten Bahnstrecken reaktiviert und welche Bahnanschlüsse für Unternehmen wieder in Funktion gesetzt werden können.

Gemessen an den Notwendigkeiten für mehr nachhaltige Politik muss deutlich mehr Geld in nachhaltige Verkehrssysteme fließen. Klar ist, dass sich die Investitionen in den Radverkehr erhöhen müssen, um das Radwegenetz insgesamt auszubauen und weitere Lückenschlüssen zu realisieren.

Brandenburg hat eine Mobilitätsstrategie, in der die Nachhaltigkeit prioritär ist, sie muss konsequent umgesetzt werden!

Bereits die 2014 verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie sieht eine Vorbildfunktion der Landesregierung bei der nachhaltigen Beschaffung vor, das betrifft auch den Fuhrpark der Landesverwaltung. Die Umsetzung dieses Ziels muss nun vorangetrieben werden.

4. Bauen und Wohnen

Mit dem Landesentwicklungsplan Berlin Brandenburg LEP HR sind wesentliche Voraussetzungen für einen Freiraumverbund und Planungsprioritäten entlang der Schienenstrecken geschaffen worden, um Zersiedelung zu vermeiden und den Schienenpersonennahverkehr als bevorzugtes Verkehrsmittel attraktiv zu machen.

Auf Initiative der LINKEN hat der Landtag bereits 2015 die Landesregierung aufgefordert, eine Strategie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs vorzulegen. Leider liegt diese immer noch nicht vor. Wir werden das wieder auf die Tagesordnung setzen.

Brandenburg hat Förderprogramme für den Wohnungsneubau, insbesondere für Neubauten im Berlin nahen Raum. Sozialer Wohnraum wird geschaffen durch Kappungsgrenzen für Mieten und Belegungsrechte, um eine soziale Mischung in den Wohnquartieren zu erreichen. Die Förderprogramme sollten künftig eine Nachhaltigkeitskomponente enthalten. Auflagen für nachhaltige Baustoffe sollen im Bundesmaßstab gesetzlich geregelt werden. Hemmnisse beim Einsatz von Holz als Baustoff wollen wir in der Brandenburgischen Bauordnung abbauen. Das betrifft sowohl die Verwendung alternativer Baustoffe als auch die verwendeten Dämmstoffe bei energetischer Sanierung. Für DIE LINKE sind Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes untrennbar mit der sozialen Frage verbunden.

5. Ökosysteme

Die Waldbrände und auch die Insektenkalamitäten der letzten Jahre haben gezeigt, dass monotone Kiefernforste nicht zukunftsfähig sind und dass ein strukturreicher Mischwald dem Klimawandel besser standhalten kann. Die Forderung nach einem großflächigen Waldumbau wird deshalb von uns unterstützt. Allerdings bestehen Zweifel, dass dies für Privatwälder per Gesetz festgeschrieben werden kann. Aus diesem Grund befürworten wir die Förderung des Waldumbaus im Privatwald. Da die schon existierende Förderrichtlinie nur schlecht angenommen wird, muss sie attraktiver ausgestaltet und die Beratung von Waldbesitzer*innen muss intensiviert werden. Die Bejagung soll so organisiert werden, dass auf der einen Seite gesunde Wildbestände gewährleistet, auf der anderen Seite die Waldverjüngung ermöglicht wird. Das kann nur in Absprache mit den Jäger*innen geschehen.

Der Schutz von Mooren ist aus verschiedenen Gründen erforderlich: für die CO₂-Bindung, zum Wasserrückhalt in der Landschaft und aus Gründen des Schutzes der Biologischen Vielfalt. Das Moorschutzprogramm soll fortgeführt werden. Ein Verzicht auf Nutzung ist dabei aus unserer Sicht nicht unbedingt erforderlich, sofern die Nutzung dem Wasserhaushalt angepasst ist und eine weitere Degradierung des Moorkörpers ausschließt.

Wir treten für größtmögliche Transparenz bei der Veröffentlichung von Umweltdaten und Gutachten ein. Das gilt selbstverständlich auch für die Genehmigungen von Hauptbetriebsplänen von Tagebauen.

6. Landwirtschaft

Wir treten für eine flächengebundene Tierhaltung ein, das heißt, es sollten in einer Region nur so viele Tiere gehalten werden, dass die Futtermittelversorgung überwiegend von den umgebenden Flächen erfolgen und die Gülle dort ausgebracht werden kann, ohne ökologische Schäden zu verursachen. Die Genehmigungsvoraussetzungen für Tierställe werden allerdings auf Bundesebene geregelt, so dass das Land nur einen geringen Spielraum hat. DIE LINKE kritisiert Freihandelsabkommen, die Fleischimporte unabhängig von den ökologischen und sozialen Standards in den Herkunftsländern erleichtern sollen.

DIE LINKE hat sich in ihrem Wahlprogramm zum Ziel bekannt, die Ökolandbaufläche auf 20 % zu steigern. Mehr wäre wünschenswert, doch hängt die Realisierbarkeit von der Verfügbarkeit von Fördermitteln ab, deren Höhe wir für die nächste Förderperiode der EU gegenwärtig noch nicht kennen. Auch müssen sich genügend umstellungswillige Landwirt*innen finden. Eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und eine bedarfsgerechte Düngung sind für uns wichtige Ziele. DIE LINKE unterstützt die beiden Volksinitiativen gegen das Insektensterben.

Die Landwirtschaft ist aber nicht nur Mitverursacher des Klimawandels, sondern vor allem auch Leidtragende. Deshalb müssen Strategien der Klimaanpassung forciert werden. Dazu gehört der gezielte Einsatz von Fördermitteln, ein verbesserter Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die landwirtschaftliche Praxis und eine Ausweitung der Beratung.